

Artikel

[Digitale Identitäten – ein Artikel anlässlich der Anhörung im Digitalausschuss des Bundestages vom 04. Juli 2022](#)

[Digitale Identitäten – Der nächste große Meilenstein für die Digitalisierung](#)

Digitale Identitäten sind im Bitkom ein zentrales Thema. Ein erfolgreiches Identitäten-Ökosystem, sei es mittels ID-Wallet, dem Personalausweis auf dem Smartphone oder auch zukünftige Identitäts-Zugangstechnologien, ist der notwendige und nächste große Schritt der Gesamtdigitalisierung unseres Landes. Die Bedeutung des Themas kommt durch die Anhörung im Bundestag zum Tragen und bringt endlich alle Initiativen, Expertenmeinungen und Anwenderdimensionen zusammen. Eben das ist es, was die vergangenen Jahre, das vergangene Jahrzehnt fehlte. Bei allen Detaildiskussionen rund um Standards, zu wählende Technologie und Sicherheitsanforderungen, ist ein holistischer Ansatz was wir am Dringendsten brauchen. Wir haben uns aufgerieben und verfranzt in zu vielen Einzelprojekten. Wir haben angesichts unüberschaubarer Zuständigkeiten zu schnell immer neue Initiativen erlebt. Und all das, ohne eine kohärente eID-Strategie der Bundesregierung zu sehen. Diese muss jetzt schnellstmöglich entwickelt werden. Und zwar nicht auf einem leeren Blatt Papier, sondern entlang der bisherigen Projekte, Anwendungsfällen im Markt und auf Basis der bereits geleisteten Arbeiten. Und mit Blick darauf, dass ein Identitäten-Ökosystem mehr ist, als eine digitale Bürgeridentität.

Rebekka Weiß, LL.M.
Leiterin Vertrauen &
Sicherheit

T +49 30 27576-161
r.weiss@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Ausgangslage: Die eID ist im Grundsatz nichts wirklich Neues:

Mit dem Personalausweis und der eID ist in Deutschland seit über einem Jahrzehnt eine, auch eIDAS-notifizierte, Lösung für die digitale Identifizierung vorhanden. Die noch nicht vollständige Marktdurchdringung und nicht flächendeckende Verwendung durch Bürgerinnen und Bürger hat jedoch dazu geführt, dass Deutschland mittlerweile von anderen EU-Mitgliedstaaten überholt wurde. Der mangelhafte Roll-Out Prozess und nicht ausreichend verfügbare Leistungen, die mit der eID zugänglich waren, wirken bis heute nach. Das als „Henne-Ei“ bekannte Phänomen kann daher weder durch gesetzgeberische Handlungen wie mit dem Smarte eID Gesetz noch mit der zukünftigen Wallet allein gelöst werden. Die größte Hürde besteht nach wie vor im Fehlen eines holistischen Ansatzes der die verschiedenen Ebenen der eID zusammenführt und dabei sowohl die Nutzerperspektive als auch die Bedarfe von Wirtschaft und Staat abbildet.

Positiv ist zu bewerten, dass die digitale Identität bzw. die Möglichkeit Dokumente digital vorzeigen zu können in der Bevölkerung angekommen und stärker gewünscht ist. Die Mehrheit der Deutschen würde gerne aufs klassische Portemonnaie verzichten und wichtige persönliche Dokumente wie Ausweise lieber digital dabei haben. Sechs von zehn Bundesbürgerinnen und -bürgern können sich vorstellen, dazu eine so genannte Digital Identity Wallet auf ihr Smartphone zu laden. Von heute auf morgen nutzten in der Corona-Pandemie rund zwei Drittel der Deutschen digitale Impfbzertifikate und Apps zur Kontaktnachverfolgung. Das beweist, wie schnell sich digitale Anwendungen durchsetzen können, wenn es einfach geht und der unmittelbare Nutzen groß ist.

Anderswo ist man aber dennoch schon deutlich weiter. Länder wie Dänemark machen uns vor, wie sich Bürgerinnen und Bürger einfach, sicher und vertrauensvoll gegenüber Behörden, in der Arztpraxis oder bei anderen Stellen digital identifizieren können.

Ein guter und richtiger Schritt für den übergreifenden Ansatz ist das angedachte ressortübergreifende Laborformat. Hier kann ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, endlich die verschiedenen Projekte, Förderungen und Gesetze zusammenzuführen.

Die Bundesministerien haben in den letzten Jahren verschiedene Fördermaßnahmen im Bereich Digitaler Identitäten angestoßen. Die existierenden Maßnahmen reichen jedoch nicht, um die Potenziale in der Breite wertschöpfend zu heben, da kein kohärenter Rahmen gebildet wird. Es ist eine besser koordinierte und vor allem fokussierte Förderung zu schaffen: Das beginnt bei der gezielten Aufklärung über Potenziale, geht mit der Entwicklung von Prototypen in Schaufensterprojekten und der kohärenten Verankerung in Gesetzesvorhaben weiter bis hin zur Anwendung in Wirtschaft und Verwaltung. Insbesondere muss ein Ökosystem für sichere digitale Identitäten den im Markt vorhandenen Bestand an digitalen Identitäten bei den verschiedenen Anbietern aus der europäischen Internet-Wirtschaft in föderaler und interoperabler Form nutzen. Nur so besteht überhaupt die Chance, eine konkurrenzfähige Reichweite und Nutzungsfrequenz aufzubauen. Wir brauchen hier ein innovations- und wachstumsfreundliches Klima für verschiedenste Modelle von digitalen Identitätslösungen.

Das interministerielle Laborformat muss unter Einbeziehung von Wirtschaft und Sicherheitsexperten einen sektorübergreifenden Ansatz für Identifizierungsverfahren und –anforderungen erarbeiten, der auch zur EU Digital Wallet kompatibel ist. Ziel sollte die Etablierung eines europaweit einheitlichen, technischen Mindeststandards sein, der die Implementierung spezifischer Lösungen erlaubt und gleichzeitig die zugrundeliegenden Sicherheitsmechanismen vereinheitlicht.

Mehr Reichweite und Harmonisierung des europäischen Marktes kann durch die Einführung einer obligatorischen Akzeptanz erreicht werden und durch die Einführung in Dienste und Apps:

Gerade Verwaltungen können dazu beitragen, das „Henne-Ei-Problem“ zu lösen. Viel wäre bereits erreicht, wenn Behörden eIDAS-Werkzeuge und die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises akzeptieren. Behörden sollten verpflichtet sein, die eIDAS Werkzeuge für sichere Digitalisierung flächendeckend zu nutzen. Auf Bundes-, Länder und Kommunalebene ist zwingend großflächig zu digitalisieren und die zugelassenen ID-Methoden dem Bürger zeitgleich näher zu bringen. Gerade der Personalausweis auf dem Smartphone kann hier Brücken bauen, bis mit der Wallet auch weitere Identifikatoren digital abgebildet werden können.

Deutschland sollte sich bei der EU dafür einsetzen, dass mehrere zertifizierte Wallets nebeneinander im Markt existieren können. Das ist Voraussetzung für erfolgreichen Wettbewerb mit bestmöglichen Lösungen und einer erfolgreichen Durchsetzung der Wallets. Zertifizierungen sollten einheitlich und praxisnah von der EU vorgegeben werden. Datenschutz- und Sicherheitsstandards müssen unbedingt ebenso europaweit einheitlich sein. Insbesondere beim Datenschutz gibt es mit der DS-GVO auch jetzt schon einen soliden Rahmen dafür, wer unter welchen Voraussetzungen auf bestimmte Daten Zugriff erhalten kann.

Benutzerfreundlichkeit bewegt sich immer entlang der Use Cases und Lebenswelten. Für Vertrauen und gute Usability ist es entscheidend, dass Nutzende Abläufe „wiedererkennen“ und sie in verschiedenen Kontexten unmittelbare Mehrwerte (Zeit-

und Kostenersparnis insb.) erlangen. Von den vielseitigen Erfahrungen der Wirtschaft kann und muss die Entwicklung der smart eID und der Wallet in jeden Fall lernen und so auch profitieren. Das Rad der digitalen Identitäten muss nicht ständig neu erfunden werden. Es geht lediglich darum, sie immer weiter zu entwickeln, besser miteinander zu verzahnen und sie in die Breite zu bringen (nochmal: es braucht so viele funktionierende Use Cases wie möglich).

Technische Details des Designs der Wallet und die zugrundegelegten Standards sind noch nicht abschließend geklärt und müssen gemeinsam mit der Industrie entwickelt werden. Insbesondere die Einbindung der Wirtschaftsexperten ist bisher nicht ausreichend erfolgt. Außerdem ist Kohärenz im Regulierungsrahmen unbedingt sicherzustellen. Deutschland muss sich daher auch aktiv in die Überarbeitung der eIDAS Verordnung und in die Überlegungen zur EU Digital Wallet einbringen.

Für uns in Deutschland ist jetzt vor allem zu entscheiden, ob auf dem Weg zur EU Wallet das nationale eID-System noch weiter entwickelt wird. Was mindestens und zwingend notwendig ist, ist die Erweiterung der digitale Identifizierungsmöglichkeiten, um E-Government Leistungen in Anspruch zu nehmen – und zwar auf Bundes- Landes und Kommunalebene. Und auch hier gilt: Wir müssen das Rad nicht jedes Mal neu erfinden: Aber die Einzelteile zusammenzubauen und das Gesamtwerk zu optimieren, das wird die Aufgabe dieser Legislaturperiode sein. Wir im Bitkom mit seinen Arbeitskreisen Digitale Identitäten und Anwendung elektronischer Vertrauensdienste können an dieser Stelle nur betonen, was wir seit vielen Jahren sagen: Ohne die Erfahrungen der vielen Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft werden wir die Ziele nicht erreichen. Der Bitkom und seine Mitglieder stehen für Projektentwicklung, konstruktive Diskussionen rund um Standards und Technologieauswahl und -weiterentwicklung jederzeit bereit. Und von den UX-Erfahrungen der Wirtschaft zu profitieren heißt sich eines Fundus an Erfahrungen aus allen Branchen zu bedienen. Branchen, mit unterschiedlichen Voraussetzungen:

reguliert, hoch reguliert, weniger reguliert, national, europäisch, startupig oder konzernmächtig. Hier liegt das Potenzial – es muss nun nur noch gehoben werden.

Bitkom vertritt mehr als 2.000 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.